

Aus Düsseldorf
Andreas Wyputta

Sie setzen auf die Inklusion von Schüler*innen mit Handicap, unterrichten jahrgangsübergreifend – und verhindern mit einem durchgehenden Angebot von Klasse 1 bis 10 die Trennung gerade einmal zehnjähriger Kinder in potenzielle Abiturient*innen und gefühlte Bildungsverlierer*innen: Nordrhein-Westfalens Primus-Schulen gelten als Erfolgsmodell. Trotzdem macht sich an den fünf Schulen des in Münster, Minden, Titz, Schalkmühle und Viersen gestarteten Versuchs Unruhe breit. Eltern und Lehrer*innen fürchten, dass die schwarz-gelbe Landesregierung von CDU-Ministerpräsident Armin Laschet das ungeliebte Erbe der einstigen grünen Schulministerin Sylvia Löhrmann ab 2023 leise auslaufen lassen könnte.

Mit „Entsetzen und Unverständnis“ hätten die Eltern gehört, dass Primus „nicht gesichert“ sei, schreibt etwa Stefan Schemann, Schulpflegschaftsvorsitzender in Münster, in einem Brief an Löhrmanns Nachfolgerin, FDP-Ministerin Yvonne Gebauer. Denn die will sich trotz positiver Bewertung der von Professor*innen der Universitäten Münster und Bremen gelieferten wissenschaftlichen Begleitforschung nicht zu dem Schulversuch bekennen. Nordrhein-Westfalens Christdemokraten und Liberale gelten traditionell als massive Unterstützer*innen des in Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien geteilten Schulsystems.

Zwar wären Berichte, nach denen das Aus der Primus-Schulen schon heute beschlossene Sache sei, „Falschmeldungen“, heißt es auf taz-Anfrage aus dem Düsseldorfer Schulministerium. Allerdings: „dem Landtag berichten“ wolle Ministerin Gebauer erst „im Sommer 2021“. Damit ist mehr als unklar, ob das Landesparlament noch in dieser Legislaturperiode über Primus entscheidet. Erst im Mai 2022 stehen in NRW Neuwahlen an.

Dabei lässt die unsichere Zukunft manche Eltern gerade aus dem bildungsaffinen Milieu bereits heute zweifeln. Schließlich sollen sie ihr Kind an einer Schule anmelden, bei der



Alle lernen gemeinsam, Schwächere werden nicht aussortiert: die Schule in Minden war die erste, die ab 2013 am Primus-Projekt teilgenommen hat
Foto: Markus Hibbeler/dpa/picture alliance

Inklusion statt Ideologie

In Nordrhein-Westfalen gelten die fünf Primus-Schulen als Erfolgsmodell für alle Kinder. Ihre Zukunft ist trotzdem gefährdet. An diesem Mittwoch ist Primus deshalb Thema im Landtags-Schulausschuss

frühestens 2021, vielleicht aber auch 2022 oder gar erst 2023 entschieden wird, ob sie nach dem Schuljahr 2023/24 überhaupt weiterbesteht. „Schon der Begriff ‚Schulversuch‘ klingt doch gruselig“, sagt Mirjam Frörrich, Schulpflegschaftsvorsitzende in Minden. Die 44-Jährige ist von Primus überzeugt: „Die Lehrer*innen machen ganz tolle Arbeit“, findet sie. „Die versuchen, die Kinder auch in leistungsschwächeren Phasen einzubinden – und fragen nicht: Wie werden wir diesen Problemfall los“, sagt die Sozialarbeiterin. „Es ist total unverständlich, dass die Politik nicht ‚Halleluja‘ ruft.“

Mit „ganz viel Werbung“ versucht die Mindener Schulpfleg-

schaft deshalb, andere Eltern von Primus zu überzeugen: „Wir präsentieren die Schule beim Drachenbootrennen, waren auch beim Weser-Fest“, sagt Frörrich. Von der Düsseldorfer Landesregierung fühlt sie sich dagegen „im Stich gelassen“. CDU und FDP könnten den Schulversuch einfach „durch Nichtstun beenden“, warnt auch der Schulleiter der Primus-Schule in Münster, Reinhard Stähling.

In Minden hofft Stählings Kollegin Antje Mismahl weiter auf eine schnelle Änderung des Schulgesetzes. Doch in einer erst Mitte Juli vorgelegten Schulgesetz-Novelle wird Primus nicht einmal explizit erwähnt. Allerdings: „Zur systematischen und kontinuierlichen Erprobung

kann das Land Versuchsschulen auch dauerhaft fortführen“, heißt es darin immerhin.

„Bei politischem Willen“ könne Primus also problemlos fortgesetzt werden, sagt deshalb die schulpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Sigrid Beer. Doch FDP-Ministerin Gebauer setze „aus ideologischen Gründen“ offenbar ganz gezielt auf Verunsicherung. „Damit sinken die Anmeldezahlen“ – und das könne als Argument dienen, Primus als gescheitert darzustellen, fürchtet Beer. Die Regierungskoalition müsse schleunigst klarmachen, dass und wie es mit Primus weitergehe, fordert die Grüne ebenso wie SPD-Landtagsfraktionsvize Eva-Marie Voigt-Küppers. An

diesem Mittwoch ist Primus deshalb Thema im Landtags-Schulausschuss.

„Völlig unverständlich“ sei, dass über die Zukunft der fünf Schulen „überhaupt diskutiert“ werden müsse, sagt die NRW-Vorsitzende der Erziehungsgewerkschaft GEW, Maika Finnen. Der Primus-Schulversuch sei nicht nur wegen der wegfallenden Auslese nach der vierten Klasse, sondern auch wegen der funktionierenden Inklusion vorbildhaft. An den weiterführenden Schulen leide die von Gebauer angekündigte „Neuausrichtung“ des gemeinsamen Lernens von Schüler*innen mit und ohne Handicap dagegen an fehlenden Konzepten, fehlendem Personal, mangelnder

Fortbildung und Ausstattung.

Vor Ort machen sich deshalb auch christdemokratische Kommunalpolitiker für Primus stark. Ein „absoluter Glücksgriff“ sei die Schule, sagt etwa Jürgen Frantzen, CDU-Bürgermeister am Standort Titz, gelegen zwischen Köln und Aachen. Ohne den Versuch gäbe es dort keine weiterführende Schule mehr – für ein dreigliedriges System gibt es in dem 8.300 Einwohner*innen zählenden Ort zu wenige Kinder. Allein ist der Rheinländer Frantzen nicht – Unterstützung kommt auch aus Westfalen: „Münster“, sagt der dortige CDU-Schuldezernent und Stadtdirektor Thomas Paal, „steht hinter dem Schulversuch Primus-Schule.“

Nur deckeln – oder auch senken?

In Berlin demonstrieren am Donnerstag Tausende Menschen für einen landesweiten Mietendeckel

Von Martin Reeh

Zwei Wochen bevor der Berliner Senat seinen Gesetzentwurf für einen landesweiten Mietendeckel verabschieden will, wird das ohnehin raue Debatteklimate deutlich giftiger. Am Wochenende postete Tobias Scheidacker, Anwalt und Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins Kreuzberg, ein eigenes Gutachten, wonach die Einführung des Mietendeckels zur fristlosen Kündigung von Mietern berechtigt. Grund: Wegfall der Geschäftsgrundlage.

„Die richtige Strategie aus Eigentümersicht ist deshalb, zu überlegen, welche Mieter am Tag des Inkrafttretens des Mietendeckelgesetzes gekündigt werden sollen, weil man unter den neuen gesetzlichen Vorgaben an sie nicht vermietet hätte“, schreibt Scheidacker. In Berlin vergeht derzeit zwar kaum ein Tag, ohne dass Immobilienverbände gegen das geplante Gesetz Sturm laufen; Scheidackers Drohung mit massenhafter Mie-

terkündigung stellt dennoch eine neue Eskalationsstufe dar.

Im Winter hatten führende Berliner Sozialdemokraten einen landesweiten Mietendeckel ins Spiel gebracht, nachdem die bundesweit geltende Mietpreisbremse den Anstieg der Berliner Mieten kaum reduziert hatte. Im Juni beschloss der Senat erste Eckpunkte, Ende August legte Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) einen ersten Gesetzentwurf vor. Demnach werden alle Mieten für fünf Jahre grundsätzlich eingefroren, Erhöhungen sind nur in Höhe der jährlichen Inflationsrate bis zu einer bestimmten Obergrenze möglich. Das wären je nach Baujahr und Ausstattung des Hauses zwischen 3,92 Euro und 9,80 Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen Modernisierungszuschläge bis höchstens 1,40 Euro pro Quadratmeter. Mieter können auf Antrag auch bereits überhöhte Mieten reduzieren – allerdings nur, wenn die Mietbelastung mehr als 30 Prozent

des Einkommens des Haushalts beträgt. Lompscher hat mit dem Entwurf die ersten Kritikstürme von Vermieterseite berücksichtigt, die nach der Veröffentlichung der Eckpunkte losbrachen. Dort war die Möglichkeit eines Inflationsausgleichs noch offengelassen worden.

Für den Donnerstag haben Initiativen zu einer Großdemonstration unter dem Motto „Richtig deckeln, dann enteignen“ aufgerufen. Bis zu 10.000 Teilnehmer werden erwartet. Lompschers Entwurf geht ihnen nicht weit genug. Aber vor allem befürchten sie weitere Verwässerungen, wenn der Senat am 15. Oktober das Gesetz beschließt. „Die Immobilienlobby hofft auf Michael Müller“, sagt Michael Prütz vom Bündnis „Deutsche Wohnen & Co enteignen“, das zur Demonstration aufruft.

Müller sieht ebenso wie andere Sozialdemokraten vor allem die Absenkungsmöglichkeit als Problem an. „Wir brauchen ein schlankes, machbares Gesetz, das juristisch haltbar

ist“, sagt Iris Spranger, mietenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, der taz. „Wenn das Gesetz vor den Gerichten nicht besteht, haben wir Chaos.“ Und vor Gericht wird der Mietendeckel ohnehin landen, weil Opposition und Vermieter bestreiten, dass Länder überhaupt eine Gesetzgebungskompetenz haben.

Die SPD, die in den Umfragen hinter Linken und Grünen liegt, hatte den Mietendeckel auch ins Spiel gebracht, um dem zuvor angekündigten Volksbegehren von Prütz und seiner Initiative zur Enteignung der Deutschen Wohnen und anderer Immobilienkonzerne den Wind aus den Segeln zu nehmen. Seit Juli prüft die SPD-geführte Senatsverwaltung für Inneres dessen Rechtmäßigkeit. Die Initiatoren fürchten, dass Innensenator Andreas Geisel (SPD) die Frage dem Landesverfassungsgericht zur Prüfung übergibt und das Volksbegehren dann auf Eis liegt. Auch deshalb gehen sie am Donnerstag auf die Straße.

taz * genossenschaft

DER SCHRECKEN
DER MEERE

LOBBY DICK



Demokratische
Gesellschaften
brauchen eine
unabhängige
Presse

Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache.
Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro
(wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/genossenschaft